

ANFRAGE von Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil) und Thomas Dähler (FDP, Zürich)

betreffend Integration der Kurse für heimatliche Sprache und Kultur in die öffentliche Schule

Die Organisation von Kursen für heimatkundliche Sprache und Kultur (HSK-Kurse) ist den Herkunftsländern oder privater Initiative überlassen. Im Kanton Zürich werden HSK-Kurse unterstützt, indem Schulzimmer zur Verfügung gestellt werden und der Besuch solcher Kurse im Zeugnis der Volksschule eingetragen wird.

Mit der Einführung der Personenfreizügigkeit zwischen der EU und der Schweiz wird die EU-Richtlinie über die schulische Betreuung der Kinder von Wanderarbeitnehmern auch für die Schweiz verbindlich. Sie verlangt in Artikel 3, dass die Mitgliedsstaaten in Zusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten geeignete Massnahmen zu treffen haben "um unter Koordination mit dem Regelunterricht die Unterweisung der Kinder in der Muttersprache und der heimatkundlichen Landeskunde zu fördern".

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Bedeutung der HSK-Kurse für die Integration fremdsprachiger Kinder und für die Volksschule?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat die Umsetzung der in den Schulgemeinden gebotenen Unterstützung der HSK-Kurse bezüglich Räumlichkeiten und Integration in den regulären Unterricht?
3. Wie beurteilt der Regierungsrat die Rolle der HSK-Lehrkräfte als Kulturvermittlerinnen und -vermittler?
4. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit der HSK-Lehrkräfte mit den Lehrkräften der Volksschule? Mit welchen Massnahmen gedenkt der Regierungsrat diese Zusammenarbeit zu stärken?
5. In den Pilotprojekten HSK der Stadt Zürich werden Lehrpersonen HSK als städtische Fachlehrkräfte engagiert. Ist der Kanton Zürich bereit, sich in der Stadt und in anderen Gemeinden massgeblich an solchen Projekten zu beteiligen? Wenn nein, welche Gründe sprechen gegen eine solche Beteiligung?
6. Welche Massnahmen müsste der Kanton Zürich ergreifen, um die obenerwähnte EU-Richtlinie umzusetzen?
7. Gibt es weitere internationale Abkommen, welche die Schweiz zu einem verstärkten Einbezug der HSK-Kurse in die Volksschule verpflichten?
8. Sieht der Regierungsrat Möglichkeiten, HSK-Kurse in ein fakultatives Angebot der öffentlichen Schule zu überführen?
9. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass auch Migrationssprachen als Maturafächer anerkannt werden sollten, weil solche Abschlüsse entscheidend zur besseren Nutzung des Sprachenpotentials für den Wirtschaftsraum Zürich beitragen können?

Julia Gerber Rüegg
Thomas Dähler